

Wenn gefragt wird, warum das Land so still ist oder man von baldigen sozialen Unruhen munkelt, denken wir weniger an rechtspopulistische Politikerschelte oder linkspopulistische Maipromenaden als an Stromrebelln und Klimaprotest. Das generelle Vorurteil besagt, »die Leute« seien für so etwas nicht zu haben. Der Soziologin Jutta Allmendinger verraten »Tonnen soziologischer Literatur«: »Die Leute denken nicht zehn bis fünfzig Jahre voraus. Nehmen sie die absehbare Energiekrise oder die globale Erwärmung. (...) Die Leute konsumieren beunruhigende Interpretationen gerade so, wie sie Süßigkeiten kaufen. Aber sie engagieren sich nicht selbst für Reformen, die sie verbal selbst durchaus wünschen.« Das gelte sogar für gesellschaftliche Ungerechtigkeit, die sie selbst erfahren: »Die Leute erkennen eine ungerechte Gesellschaft, aber innerhalb der Hackordnung finden sie immer noch ganz viele Menschen unter sich. Damit beruhigen sie sich« (ALLMENDINGER 2009).

Anscheinend wird diese Selbstimmunisierung brüchig. Denn Menschen sind für den Klimaschutz auf die Straße gegangen oder haben andere Formen »unkonventioneller Beteiligung« gewählt. So nennt man eine Beteiligung jenseits von Wahlakt und Medienkonsum, wie die Mitarbeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Organisationen. In den 1970er Jahren machten sich Bürgerinitiativen durch Demonstrationen und Selbsthilfe bemerkbar, heute sind es stärker professionalisierte Nicht-Regierungsorganisationen, die sich eher an Regierungen richten und sich bei einer bestimmten Größe und Bedeutung auch bei internationalen Organisationen akkreditieren lassen. Darüber hinaus reicht ziviler Ungehorsam wie die Mitwirkung an unangemeldeten Demonstrationen und Blockaden bis zu vereinzelt Sabotageakten. Wir haben kritische Konsumenten und Verbraucherschützer in diese Phalanx gedanklich eingereicht.

Diese Bandbreite unkonventioneller Beteiligung vom friedlichen Straßenprotest über die Unterschriftenaktion bis zur Volksabstimmung und zu juristischen Klagen und Einwendungen füllen mittlerweile auch klimapolitische Initiativen aus. Erstmals im Dezember 2007 demonstrierten einige Tausend Menschen ausdrücklich für mehr Klimaschutz... [...]

Es gibt also bereits »soziale Unruhen«, wenn wir die Reaktion auf die Systemkrise nicht länger im Prisma der Massenmedien wahrnehmen. Und es muss noch viel unruhiger werden, die Klima-Heldinnen und -genossinnen dürfen politischer und radikaler werden. Sie müssen deutlicher aussprechen, dass sie die Dinge nicht nur für sich selbst machen, sondern damit die Gesellschaft besser wird. Die lokalen Initiativen müssen vormachen, wie sich Bürgerinnen und Bürger die Demokratiekompetenz zurückholen, die sie seit den 1980er Jahren an die Parteien und an eine eher gefühlte Mitwirkung via elektronische Medien verloren haben.

Leggewie, Claus; Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. 2011, Seite 212-216.

Ergänzung:

„Wir haben Morgenröte gesehen...“, Interview mit Jutta Allmendinger. In: tazMagazin Nr. 8811 vom 14.2.2009.

Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Ça ira: Freiburg 1990 ([hier](#)).

Mensch hat keine Wahl – there ist no alternativ

Welche Partei soll mensch wählen, wenn zur Europa- oder Bundestagswahl aufgerufen wird? Mensch hat wenig Lust hinzugehen, auch wenn er ein eifriger Staatsbürger ist. Zwischen unserer Vorkämpferin der Klimawende und dem realexistierenden politischen System der Bundesrepublik klafft eine weite Lücke. Wahleenthaltung signalisiert bei ihr nicht Zufriedenheit oder Faulheit, sondern wohlbegründeten Frust am etablierten Politikbetrieb, der einheimische Banken und die Adam Opel AG rettet, aber nicht das Weltklima [...] Was mensch frustriert, ist, dass überhaupt keine verfügbare Koalitionsmöglichkeit zur Lage passt, wenn man die Klimakrise ins Zentrum rückt. In allen Lagern und Parteien gibt es ein paar gescheite Klimapolitiker, in jeder denkbaren Regierungskoalition würden sie untergehen [...]

Unter den politischen Parteien ist die Nicht-Partei der Nichtwähler die größte politische Formation, was noch einmal unterstreicht, dass die Übersetzung des Volkswillens in Volksvertretungen, die politische Repräsentation, nicht mehr funktioniert. Politologisch gesprochen: Die Entfremdung zwischen »principal« (dem Volk) und dem »agent« (parlamentarische Regierung) wird größer. Und damit ergibt sich ein weiteres Problem der Demokratie mit dem Klimawandel: Als generationengerechtes Problem par excellence bräuchte es einer demokratischen Vertretung derjenigen, die doch gar nicht auf der Welt sind, deren Zukunft aber gerade verbraucht wird [...]

Eine heute im Blick auf kurzfristige Kalküle gefällte Entscheidung bindet kommende Generationen, die naturgemäß nicht gefragt werden können, aber mit den Folgen dieser Entscheidung unumkehrbare Handlungszwänge auferlegt bekommen. Jede Entscheidungsnotwendigkeit beruht darauf, dass man nicht wissen kann, was die Zukunft bringt, dennoch bedarf Demokratie heute einer größeren Sensibilität für mögliche Interessenlagen und Handlungsoptionen der Zukunft [...] Bleibt die Frage, wie man die Demokratie jenseits des Parlamentarismus modernisieren kann.

APO 2.0 – oder: Bürger auf die Barrikaden!

Gibt es überhaupt Chancen für eine neue Außerparlamentarische Opposition – eine APO 2.0? Es ist ja nicht sicher, wie eine solche unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen Depression ausfallen würde: antidemokratisch wie in den 1930er Jahren auf dem ganzen europäischen Kontinent – oder doch als Stärkung einer offenen Zivilgesellschaft, die sich dem Zugriff der Parteien entwindet und diese zugleich auf ihre verfassungsmäßige Aufgabe zurückführt, an der politischen Willensbildung mitzuwirken und wieder Zukunft zu gestalten [...]

Als die Grünen, anfangs ein populistisches Bündnis aus Wertkonservativen und Linksradiكالen, von der sozialen Bewegung zur politischen Partei mutierten, gaben sie sich als Richtung aus: Nicht rechts, nicht links, sondern vorn! »Wir waren konservativ beim Umweltschutz, liberal bei den Bürgerrechten und sozial in der Frage der gesellschaftlichen Teilhabe«, erinnerte eine Vorkämpferin der Grünen an diese Zeit. Man darf durchaus behaupten, dass »vorn« war und ist, wer die überkommenen Spaltungs- und Konfliktlinien

der Industriegesellschaft hinter sich lässt. Was bleibt dann aber von deren »linken« Leidenschaften und Utopien? [...]

Insbesondere seitdem mit dem innerdeutschen Mauerfall 1989 die alte Systemkonkurrenz zum Verschwinden gekommen war und die großen Themen – wie wollen wir leben? Wie wollen wir *auf keinen Fall* leben? - aus den politischen Debatten verschwunden sind, hat sich eine fatale Arbeitsteilung im öffentlichen und privaten Bewusstsein breit gemacht: Politik ist, was Politiker machen; alle anderen machen alles andere. Die seltsame Kommentarlosigkeit, mit der etwa die Versuche der Politik über die Bühne gehen, die Finanzkrise zu managen, spricht darüber Bände; und dann ist da die reichlich antiquiert anmutende Bräsigkeit, zwar alle Maßnahmen der Regierung (und seien sie so dysfunktional wie die Gesundheitsreform oder die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit) doof zu finden, aber nichts dagegen zu unternehmen – außer beim Anschauen von Fernsehsendungen wie »Anne Will« Dampf abzulassen. Mit anderen Worten: Die Bürgergesellschaft muss aus der bloß gefühlten Partizipation des Fernsehzuschauers in die Rolle des selbstbewussten Akteurs zurückfinden – und die Schönauer Stromrebellin machten genauso wie die Staudinger-Schülerinnen vor, wie das gehen kann.

Die »Stromrebellin« in der kleinen Gemeinde Schönau im Schwarzwald begannen als private Initiative nach der Liberalisierung des Strommarktes 1998 mit Wind- und Solarenergie, später mit Kraft-Wärme-Koppelung und Biomasse Energie zu produzieren.

Die Staudinger-Gesamtschule in Freiburg begann 1999 das Schulgebäude systematisch energetisch zu sanieren. Die Gemeinschaftsaktion von Schulleitung und Schülern bewirkte ein verändertes Klima an der Schule. Das Gefühl, etwas Modellhaftes und Erfolgreiches zu praktizieren, also Teil von etwas Neuem und Sinnvollem zu sein, führte zu einer ausgeprägten Wir-Identität der Schülerinnen und Schüler, die wiederum neue Aktivitäten gebar.

Resilienz und Empowerment spielten dabei zusammen: Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit setzte Energien für »größere« Veränderungsschritte frei.

Die Praxis der Veränderung lieferte bereits entscheidende Impulse für die Veränderung der Politik und die Modernisierung der Demokratie – und genau deshalb müssen die vielfältigen Aktivitäten sich deutlicher als Protest gegen bestehende Verhältnisse und Blockaden artikulieren. Die Revolution von heute kann nur eine Kulturrevolution des Alltags sein; das Private ist politisch. Nur wird sich das heute nicht mehr so sehr auf Fragen der Erziehung, der sexuellen Freiheiten und des Patriarchats beziehen wie auf die alltäglichen Lebensverhältnisse. Und vor allem muss die Kommunikation des bürgerschaftlichen Engagements politischer werden: Es muss laut und deutlich gesagt werden, dass man die Dinge macht, damit die Gesellschaft besser wird, als sie ist. Dazu braucht es Zorn und Leidenschaft, auch Unmut gegen Verantwortliche, die sich einfach aus der Verantwortung ziehen [...]

Die APO 2.0 ist grundverschieden von den für Aufbrüche und Aufstände stilbildenden 68er und 89er Zeiten. Sie wird nicht von ausformulierten Gesellschaftsmodellen beseelt sein, die Glück für alle verheißen – derlei haben die Kommissare und Kader der totalitären Utopien

des 20. Jahrhunderts für alle Zeit erledigt. Sie wird nicht auf die Entfaltung der Produktivkräfte hoffen, die man 1968 vom Staat und 1989 vom Markt erwartete. Auch wird sie keine klassische Bewegung »von unten« gegen »das Establishment« sein (was die Rebellion der Bürgerkinder ja auch nur begrenzt war), sondern alle Ressourcen nutzen, die eine differenzierte Weltgesellschaft bereitstellt. Die »Große Weigerung« ist kein Aufruhr gegen Herrschaft, keine Umwälzung von Klassenstrukturen, auch keine rein ästhetische Geste. Die APO 2.0 ist nicht nur in der Lage Volksvertreter unter Rechtfertigungs- und Innovationsdruck zu setzen, sie kann mit kollektiven Lernerfahrungen »von unten« auch jenes Identitätsgefühl entstehen lassen, das erst zu definieren ermöglicht, welche Art von Gesellschaft man in Zukunft *sein* möchte [...]

Eine politische Gesellschaft, die auf ihre gravierenden Zukunftsprobleme eine angemessene Antwort finden will, kommt um die Frage nicht herum, wie die Welt in zehn oder 25 Jahren aussehen soll. Ohne eine konkret-utopische Vorstellung über gute Lebensbedingungen in einer künftigen Welt lassen sich keine Kriterien dafür entwickeln, welche anderen Prioritäten man heute setzen kann, wenn man den desolaten Finanzkapitalismus nicht einfach restaurieren und weiterführen will. Die Gestaltung der Gegenwart ist eine Funktion dessen, wie die Zukunft sein soll, und das fantasielose Gegenwartscredo: »Wie jetzt, nur besser!« macht nun wirklich keinen Eindruck mehr. Gerade in der Krise zeigt sich, wie fatal es sich auswirkt, wenn ein politisches Gemeinwesen keiner Idee folgt, was es sein will und wie seine Bürger leben wollen.

Unsere APO 2.0 ist eine politische Assoziation aller, die zum erforderlichen Kulturwandel zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Gesellschaft beitragen. Dazu gehören die geduldrigen und enttäuschungsfesten Initiativen der Bürgergesellschaft ebenso wie große öffentliche Protestfeste und Kundgebungen politischen Willens und die Mobilisierung Gleichgesinnter. All das bildet einen Bezugsrahmen der Wünsche, Hoffnungen, Forderungen und Aktivitäten und holt die große Gruppe der Veränderungsbereiten aus dem toten Winkel heraus, in den eine auf die Politikerpolitik fixierte Mediendemokratie sie verdammt hat. Im kulturevolutionären Engagement ist schon seit den 1960er Jahren eine politische Alternative zur professionellen Politik und zu den gestrigen Schemata der Parteipolitik gewachsen. Die APO 2.0 zielt auf die Renaissance des Gemeinwesens, sie ist keine Organisation, sondern eine Haltung. Eine solche Bewegung ist weniger von Karl Marx inspiriert als von Joseph Beuys und seinem Leitspruch *La Rivoluzione siamo Noi* – Die Revolution sind wir. Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Leitkultur der Vergeudung von gestern ist und etwas zu ihrer Abschaffung beitragen wollen, dann machen Sie bitte einfach mit – ganz nach dem Leitspruch der Transition Town Bewegung: Einfach.Jetzt.Machen!

Quelle: Leggewie, Claus; Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. 2011, Seite 208, 221-230.

Ergänzung:

[Hopkins, Rob](#): Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen. 2014, [hier](#).